

Editorial

Der digitale Acquis Communautaire und die Frage nach dem Danach

Bis vor einigen Jahren schien in Sachen Fortentwicklung und Vereinheitlichung des Europäischen Privatrechts nichts unmöglich zu sein. Bedeutsame und von vielen Rechtswissenschaftlern intensiv begleitete Projekte standen an, wie der Gemeinsame Referenzrahmen, die großflächige Revision des verbraucherrechtlichen Acquis Communautaire oder das Gemeineuropäische Kaufrecht (CESL). Ja, man konnte sogar immer wieder zahlreiche Stimmen wie etwa die des Europäischen Parlaments vernehmen, die offen die Schaffung eines Europäischen Zivilgesetzbuches oder zumindest eines Europäischen Vertragsgesetzbuches forderten.¹ Diese Visionen eines ‘großen europäischen Wurfs’ wurden jedoch spätestens mit der Entscheidung der Europäischen Kommission aus dem Jahre 2014, die Idee des Gemeineuropäischen Kaufrechts nicht weiterzuverfolgen, ad acta gelegt.

Seitdem ist es still geworden um die großen Visionen für das Europäische Privatrecht, was natürlich nicht wegnimmt, dass es sich trotzdem stetig weiterentwickelt, nur eben kleinschaliger und fragmentarischer als ursprünglich einmal angedacht. Angetrieben wird diese Entwicklung derzeit vor allen Dingen von der zunehmenden Digitalisierung, die stets mehr Lebensbereiche erfasst. Als Beispiele lassen sich hierfür die Richtlinie (EU) 2019/770 über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte und digitaler Dienstleistungen und die Richtlinie (EU) 2019/771 über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte des Warenkaufs anführen, die noch in diesem Jahr in mitgliedstaatliches Recht umzusetzen sind. Weitere digitalrechtlich relevante europäische Rechtsakte befinden sich bereits im Entwurfsstadium. So wurde am 15. Dezember 2020 neben dem Verordnungsentwurf des Digital Markets Act auch der mit Spannung erwartete Entwurf des Digital Services Act von der Europäischen Kommission veröffentlicht. Zudem wird derzeit auf europäischer Ebene intensiv darüber debattiert, inwieweit die Richtlinie 85/374/EWG zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Haftung für fehlerhafte Produkte noch der digitalen Wirklichkeit und dem Aufkommen von künstlichen Intelligenzen und autonomen Systemen entspricht – eine Überarbeitung dieser Richtlinie liegt in der Luft.²

1 ABL. C 158 vom 26 June 1989, s. 400 (Entschließung A2-157/89); ABL. C 205 vom 25 July 1994, s. 518 (Entschließung A3-0329/94).

2 Siehe etwa den Bericht einer Expertengruppe aus Oktober 2019: ‘Liability for Artificial Intelligence and other emerging digital technologies’, Report from the Expert Group on Liability and New Technologies – New Technologies Formation, erhältlich unter www.ec.europa.eu/trans

Man kann also erwarten, dass der Corpus des ‘digitalen Acquis Communautaire’ in den nächsten Jahren weiter stetig anwachsen wird. Über kurz oder lang wird man sich aber auch wieder der scheinbar vor einigen Jahren verstummten Frage stellen müssen, ob und gegebenenfalls wie man den künftigen Acquis Communautaire über den digitalen Rechtsraum hinaus harmonisieren will. Das Aufwerfen dieser Frage ist auf der einen Seite Pflicht, um einem möglichen Wildwuchs des sich immer weiter entwickelnden Gemeinschaftsprivatrechts zu begegnen. Auf der anderen Seite bietet es aber die Chance, ergebnisoffen über eine rechtliche sinnvolle und politisch mögliche Fortentwicklung des Acquis Communautaire nachzudenken. Erste ganz zarte Pflänzchen lassen sich jedenfalls (wieder) ausmachen, wie etwa die Idee zur Schaffung eines European Business Code.³ Wichtig erscheint in der Sache jedenfalls, dass man sich wieder der Debatte über die Fortentwicklung des Europäischen Privatrechts als Ganzes über einzelne Richtlinien hinaus stellt.

Wenden wir uns aber nunmehr dem Inhalt des vorliegenden Heftes zu, das hoffentlich das Interesse der Leserschaft der *European Review of Private Law* weckt. Den Anfang machen *Pédamon* und *Vassileva* mit einem spannenden aktuellen Thema, genauer gesagt mit der ‘Contract Performance in COVID-19 Times’. Dabei gehen die Autoren der Frage nach, ob sich die anglo-französische Geschichte noch einmal wiederholt. *Bernet Kempers* widmet sich in ihrem Beitrag ‘Neither Persons nor Things: the Changing Status of Animals in Private Law’ der Stellung von Tieren im Privatrecht, also einem Thema zu, das immer wieder für Gesprächsstoff sorgt. *McKendrick*, *Luycks* und *Hendriks* nehmen anschließend eine Entscheidung des neuen Netherlands Commercial Court (NCC) zum Anlass, um sich mit der Vertragsauslegung aus englischer und niederländischer Perspektive auseinanderzusetzen. Die rechtvergleichende große Studie von dreizehn europäischen Rechtssystemen mit dem Titel ‘Relevance of risk-benefit for assessing defectiveness of a product’ von *Santos Silva*, *Fairgrieve*, *Machnikowski*, *Borghetti*, *Keirse*, *Del Olmo García*, *Rajneri*, *Schmon*, *Ulbeck*, *Vallone* und *Zech* bildet den Abschluss der Aufsatzabteilung. Es folgen zwei Buchbesprechungen von *Howells*, nämlich der Werke ‘The Regulation of Consumer Credit’ von *Brown* und ‘Remedies for Infringements of EU Law in Legal Relationships Between Private Parties’ von *Aronstein*. Zu guter Letzt folgen Konferenzberichte von *Etzhorn* und *Hoevenaar/Kas*.

Wie immer wünschen wir allen Lesern viel Freude mit dem vorliegenden Heft.

André Janssen

Co-Chief Editor

Radboud University Nijmegen

Email: A.Janssen@jur.ru.nl

parency/regexpert/index.cfm?do=groupDetail.groupMeetingDoc&docid=36608 (Datum des letzten Zugriffs: 22 February 2021).

3 Siehe hierzu näher bereits kürzlich Matthias Lehmann, ‘EU Law-Making 2.0: The Prospect of a European Business Code’, *ERPL* 2020, p 73 ff.